

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, 14. OKTOBER 1947

VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2

3. JAHRGANG / NUMMER 82

## Arabische Liga in Alarmbereitschaft

Militärische Maßnahmen an den Grenzen Palästinas / Die „Haganah“ ist gleichfalls gerüstet

BEIRUT. „Im Hinblick auf den Entschluß der britischen Regierung, ihr Palästina-Mandat niederzulegen und ihre Verwaltungsorgane abzubauen, und angesichts des Vorhandenseins zionistischer Streitkräfte und terroristischer Organisationen, die die Sicherheit der Araber in Palästina bedrohen, hält der Rat der Arabischen Liga es für erforderlich, daß die Mitgliedstaaten der Liga militärische Vorkehrungen an der Grenze Palästinas ergreifen“, gab der Rat der Arabischen Liga am vergangenen Wochenende in einem Kommuniqué bekannt.

Gleichzeitig wurde den Regierungen der arabischen Staaten empfohlen, eine materielle und moralische Hilfe für die Araber in Palästina einzuleiten, damit diese ihre Integrität verteidigen könnten. Die Staaten der Liga sollen die zur Durchführung dieser Aufgabe erforderlichen Mittel bereitstellen.

In der Geheimratung des Rats hat der Irak wirtschaftliche Sanktionen gegen die anglo-ägyptischen Mächte befürwortet. Saudi-Arabien scheint zu einer bewaffneten Intervention rein antijüdischen Charakters bereit zu sein. Dagegen wird angenommen, daß Ägypten eine bewaffnete Intervention ablehnt und höchstens mit der Anwerbung von Freiwilligen, jedoch nicht mit der Entsendung von Truppenkontingenten einverstanden ist.

Transjordanien und Saudi-Arabien sollen bereits Truppenverschiebungen durchführen. Ägypten hat den Saudi-Arabern Truppen den Durchzug durch das Sinaigebiet zur Palästina-Grenze genehmigt. Das zwischen dem Suezkanal und den Grenzen Palästinas gelegene Dreieck wurde zur militärischen Zone erklärt. Nach einer Nachricht aus Beirut sind die Araber Palästinas fest entschlossen, den Großmufti von Jerusalem zum Präsidenten der Republik zu wählen, die nach Räumung Palästinas durch die britischen Truppen gebildet werden solle.

Weiter wird bekannt, daß der syrische Verteidigungsminister an der Grenze Palästinas Truppenmanöver veranlaßte, die transjordanische Regierung den Durchzug irakischer Truppen durch ihr Gebiet gestattete. Yemen, Saudi-Arabien und Ägypten die Modalitäten für Truppentransporte an die Südwestgrenze Palästinas prüfen.

Falls England tatsächlich Palästina räumen sollte, würden sich Juden und Araber gegenüberstehen, entweder um sich zu verständigen oder um im Bürgerkrieg sich gegenseitig zu zerfleischen. Allgemein wird angenommen, daß die UN die Palästinafrage in der Schwebe lassen, die englischen Truppen in Palästina bleiben und die Araber den Schutz der Grenzen übernehmen, so daß die durch deren Anwesenheit beruhigten Araber Palästinas sich den zionistischen Angriffen erfolgreich widersetzen könnten.

In den jüdischen Kreisen Palästinas ist man sich darüber im klaren, daß es zu einer sehr

heftigen arabischen Reaktion kommen kann, wenn die Entscheidung der UN für die Araber ungünstig ausfällt. Die jüdischen Führer treffen bereits alle Maßnahmen, um dem zu begegnen. Sie hoffen, jeden Angriff zurückzuschlagen zu können. Die jüdische Organisation „Haganah“ zählt rund 60 000 kampffähige Mitglieder, 30 000 sind als Feldtruppen unter der Führung von Offizieren, die eine mindestens dreijährige Kriegserfahrung in den alliierten Armeen haben, zusammengefaßt.

Der Großmufti von Jerusalem, der an den Sitzungen des Rates der Arabischen Liga überraschend teilgenommen hatte, erklärte einem Pressevertreter: „Es ist jetzt nicht mehr die Zeit, Worte zu machen. Die Umstände gestatten keine Prüfung der Palästinafrage durch die Presse und durch Erklärungen mehr. Der Feind könnte jedes Wort für sich ausschalten.“

Der britische Geschäftsträger hat die syrische Regierung von dem Standpunkt Englands zu dem Beschluß der Arabischen Liga, Truppen an die palästinensischen Grenzen zu entsenden, in Kenntnis gesetzt. Er erinnerte daran, daß vor der UN der Abzug der britischen Truppen von gewissen Bedingungen abhängig gemacht wurde. In der Zwischenzeit bleibe England wie bisher für Verteidigung und Sicherheit Palästinas verantwortlich und solle jede feindliche Handlung gegen Palästina oder palästinensische Staatsangehörige als Angriff auf Großbritannien an.

## Jugoslawischer Geschäftsträger ausgewiesen

Antikommunistische Strömungen in Latein-Amerika

SANTIAGO. Der jugoslawische Geschäftsträger in Chile und der akkreditierte Vertreter Jugoslawiens in Buenos Aires wurden in der vergangenen Woche aus Chile ausgewiesen. Die chilenische Regierung beschuldigte in einer amtlichen Erklärung Jugoslawien, vor allem General Hitič, den Vertreter Marschall Tita, bei seiner letzten Reise durch Südamerika einen Putschplan für den gesamten südamerikanischen Kontinent ausgearbeitet zu haben.

Einem ausführlichen Bericht über den diplomatischen Zwischenfall mit Jugoslawien fügte die chilenische Regierung Kopien der aufgefundenen Dokumente bei. Möglicherweise wird sich Chile wegen der „Einmischung Jugoslawiens in die inneren Angelegenheiten Chiles“ an die UN wenden.

Jugoslawien hat die Ausweisung seines Geschäftsträgers damit beantwortet, daß es seine diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen hat. Auf den Vorwurf Jugoslawiens, die Außenpolitik Chiles werde von ausländischen Einflüssen bestimmt, antwortete die chilenische Regierung: „Die Unantastbarkeit der chilenischen Außenpolitik kann der augenblick-

Die Erklärung des amerikanischen Delegierten vor den UN wurde in jüdischen und arabischen Kreisen als Sensation empfunden. Eine jüdische Zeitung stellte bei dieser Gelegenheit fest: „Die Araber führen einen Nervenkrieg, der offensichtlich für die UN bestimmt ist. Arabischerseits spricht man von der „Doppelzüngigkeit der amerikanischen Politik“ und fordert als erste Maßnahme die Aufhebung der den Amerikanern gewährten Petroleumkonzessionen.“

## USA für Teilung Palästinas

FLUSHING MEADOWS. Die politische Sicherheitskommission der UN beschloß am vergangenen Freitag die Bildung einer neuen Balkanonderkommission, der elf Mitglieder angehören sollen, u. a. die UdSSR und Polen, die sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt hatten. Der sowjetische Delegierte Wjatschinski indes hat bereits erklärt, daß die UdSSR an der neuen Balkanunion nicht teilnehmen könne: „Wir werden nie durch einen solchen Kuhhandel zu einem Abkommen gelangen.“ Nach der UdSSR haben auch Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Weißrußland es abgelehnt, an den Wahlen für die neue Kommission teilzunehmen. Daraufhin haben auch die USA, auf den für sie vorgesehenen Sitz verzichtet.

In der Kommission, die mit der Prüfung des Berichtes des Palästina-Untersuchungsausschusses beschäftigt ist, sprach sich der amerikanische Delegierte für die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten und die Freigabe der Häfen für die jüdische Einwanderung aus. Die USA billige eine baldige Aufhebung des britischen Mandats.

lichen jugoslawischen Regierung als Beispiel dienen, die seit ihrem Regierungsantritt nur ein Vasall einer fremden Macht ist und niemals eine Revolte auch nur versuchte, oder den Ausdruck eines eigenen Willens bekundet hat.“

Chile habe keinerlei Interesse an der Aufrechterhaltung der Beziehungen mit der Belgrader „Scheingouvernement“. Sie bewundere das heroische jugoslawische Volk, das heute „der grausamsten Diktatur und einer grässen ausländischen Einmischung unterworfen sei“.

Allgemein rechnet man damit, daß auch der sowjetische Botschafter in Chile abreisen wird. In Columbien wertet man die chilenische Aktion als erste Antwort auf die Gründung der Komintern.

Der Präsident der chilenischen Republik unterrichtete den argentinischen Staatspräsidenten Peron über die eingeleiteten Maßnahmen. Peron teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß seine Regierung ähnliche Maßnahmen zur Verteidigung der argentinischen Souveränität treffen werde. Beim Büro der argentinischen Kammer wurde bereits ein Gesetzentwurf eingereicht, der das Verbot der kommunistischen Partei in Argentinien vorsieht.

Präsident Peron hat zu seiner Unterrichtung über das „Komplot“ einen Sonderbeauftragten nach Chile entsandt. Die argentinischen Behörden führen auf Grund der Mitteilungen über eine „kommunistische Spionage- und Sabotagezentrale“ in Südamerika Untersuchungen durch. In Buenos Aires und in Rosario wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Allgemein wird angenommen, daß alle sowjetischen Botschafter in den südamerikanischen Hauptstädten in Kürze nach Moskau zurückkehren und durch Geschäftsträger ersetzt werden. Daraus ginge deutlich hervor, daß die sowjetischen Beziehungen zu Lateinamerika sich im Folge des Verteidigungspaktes der westlichen Hemisphäre, der in Petropolis abgeschlossen wurde, verschärfen haben.

Auch in Uruguay beabsichtigt die Regierung auf Grund der Ereignisse in Chile Maßnahmen gegen die Kommunisten zu ergreifen.

## Ramadier zeigt die Marschrichtung

Bidault aus New York zurück / Man wird uns auf keinen Fall im Stich lassen

PARIS. Der französische Ministerpräsident Paul Ramadier gab in der seit einiger Zeit erwarteten Rede über den französischen Rundfunk einen Ueberblick über die Schwierigkeiten, denen Frankreich zurzeit gegenübersteht. Ramadier wies darauf hin, daß Frankreich, zwischen den beiden Kriegen noch ein reiches Land, jetzt arm geworden sei: „Wir neigen dazu, uns so zu verhalten, wie wenn in Frankreich ungeahnte Reserven vorhanden wären und ein Zauberwort von rechts oder links genügen würde, diese plötzlich aufzudecken.“ Die Politik der Wirtschaftsplanung müsse fortgesetzt werden, um die herrschende Unordnung zu bekämpfen. Die Wirtschaftsplanung sei einfach eine Notwendigkeit.

„Wir müssen mit dem demoralisierenden Kampf zwischen Rationalisierung und Schwarzmarkt zu Ende kommen.“

Die Bedürfnisse des Staates hätten sich im Jahr 1947 auf 900 Milliarden Franc belaufen. Da langfristige Anleihen fehlten und dieser Betrag nur zum Teil durch Steuereinkommen gedeckt werden konnte, hätte man zu Bankkrediten greifen müssen, die eine der Haupt-

ursachen für die Währungs-inflation bildeten. Ein restloser Budgetausgleich solle durch Aufhebung der Unterscheidung ordentliches und außerordentliches Budget erzielt werden:

„Weder das Budget, noch Staats- oder private Investitionen dürfen durch Bankkredite finanziert werden. Der Staat darf nicht zur Anleihe Zuflucht nehmen, es sei denn für den Wiederaufbau und für Investitionen in den verstaatlichten Industrien. Auf diese Weise kann und muß die Inflation zu einem Ende gebracht werden. Das gleiche gilt für die bevorstehende Stabilisierung der Währung und damit der französischen Wirtschaft.“

Der französische Außenminister Bidault ist nach Abschluß seiner Besprechungen in New York, die vor allem den Möglichkeiten, eine Soforthilfe an Frankreich von den USA zu erlangen, glichen, nach Paris zurückgekehrt. Vor seiner Abreise aus New York führte Bidault aus: „Wir werden uns von Monat zu Monat, von 14 Tagen zu 14 Tagen fortthellen. Man wird uns jedoch auf keinem Fall im Stich lassen. Das ist das Wesentliche und die Gewißheit, die ich aus den USA mitnehme.“

## Die Komintern

Von Dr. Ernst Müller

Mit klarer Eindeutigkeit hat die nichtkommunistische Weltpresse aller souveränen Länder die Belgrader Erklärung und das dort gegründete Informations- und Koordinierungsbüro als ein Wiederaufleben der Kommunistischen Internationale (Komintern) ausgelegt. Die Sozialdemokraten haben keinen Augenblick gezweifelt, daß hinter Belgrad Moskau steht und daß die im März 1943 erfolgte offizielle Auflösung der Komintern ein zweckgebundenes Anpassungsmanöver an die Demokratie der Alliierten gewesen ist.

Die Internationale der um das Kommunistische Manifest und den Moskauer Orthodoxismus gescharteten kommunistischen Parteien gehört zum Grundbestandteil der marxistischen Lehre, auf ihn verzichten würde soviel wie Selbstauflage bedeuten. Eine imperiale Macht wie Sowjetrußland hat selbstverständlich nicht den geringsten Anlaß, das Prinzip der revolutionären Internationale aus ihrer Diplomatie und Politik zu verbannen. Es betrachtet nach wie vor die nationalen kommunistischen Parteien, trotz der ihnen seit 1943 gewährten Selbständigkeit, als seine Hilfspolizei im weltweiten Kampf gegen den monopolkapitalistischen Imperialismus. Was wir vorher schon wußten, ist jetzt durch die Belgrader Erklärung offen ausgesprochen worden.

Die Maskierung wurde überflüssig. Maskiert ist lediglich noch die Formulierung: „Mobilisierung aller demokratischen Kräfte gegen den Imperialismus.“ Die Berufung auf die Demokratie ist, darüber dürfte kein Zweifel bestehen, lediglich eine Frage der Taktik, sicherlich nicht eine Frage der Methode und des Prinzips. Wer an die Diktatur des Proletariats glaubt, wer den Einparteiensstaat Sowjetrußlands bejaht, kann nicht mehr die Demokratie ernst nehmen oder darf sie höchstens als Mittel zum Zweck benutzen. Moskau hat den Zeitpunkt der Wiederbelebung der Internationale in dem Augenblick gewählt, da die USA im Begriffe sind, den Wiederaufbau Europas großzügig in die Wege zu leiten. Daß die Europahilfe im kapitalistischen Geiste geschieht und der freien Demokratie zugute kommen soll, sind die für die Europäer undiskutierbaren Voraussetzungen. Der Kommunismus negiert aber diese Voraussetzungen, er sabotiert deswegen bewußt den amerikanischen Plan und das demokratische System, in dessen Rahmen er allein zu verwirklichen ist. Moskau wünscht jetzt klare Fronten, es ruft zum Entweder-Oder auf, und das Belgrader Büro ist seine in den europäischen Raum am weitesten vorgeschobene Kommando-Station.

Damit tritt ein anderes Gesetz, nach dem seit 1919 die Komintern angetreten ist, wieder in seine volle Wirkung. Dieses Gesetz macht die Spaltung der sozialistischen Parteien Europas endgültig. Wir stehen jetzt wieder da, wo wir 1920 standen, nur mit dem allerdings fundamentalen Unterschied, daß der Marxismus sowjetischer Prägung heute eine Großmacht ersten Ranges ist und seinen nationalen kommunistischen Parteien heute ganz andere Mittel zur Verfügung stellen kann als in den Gründerjahren zwischen 1919 und 1928, wo die Komintern eine blutige Niederlage nach der andern erlitten und das Werden des Faschismus, wenn auch ungewollt, begünstigt hat.

Was in dem zweiten Kongreß der Komintern 1920 in Moskau mit 21 Bedingungen formuliert worden ist, wird jetzt wieder den kommunistischen Parteien als Parole vorgeschrieben: es ist der Haß gegen die Sozialdemokraten, die als Verräter am Sozialismus und als Schildeknappen des Imperialismus offen gebrandmarkt werden. Léon Blum in Frankreich, Attlee und Bevin in England, Saragat in Italien, Renner in Oesterreich und last not least Schumacher in Deutschland, die mit ihren Anhängern um einen freien Sozialismus in einer freien nationalen Demokratie kämpfen, sind zu Feinden gestempelt. Innen, als den Bannerträgern eines europäischen Sozialismus, soll jetzt ein „europäischer Kommunismus“ als geschlossene Front entgegengestellt werden. Damit ist durch die Belgrader Erklärung auch der europäische Sozialismus in ein neues Stadium seiner Auseinandersetzung mit dem Kommunismus getreten. Auch diese Situation ist nicht neu, denn daß dieser europäische Kommunismus nur eine Variation des Moskauer Systems ist, ist heute so klar, wie es klar war zu den Zeiten, als die Komintern den nationalen kommunistischen Parteien die Taktik des Verhaltens vorschrieb. Man braucht dem europäischen demokratischen Sozialismus kein „discite moniti“ zuzurufen.

Es geht heute für eine verantwortungsvolle sozialdemokratische Politik nicht darum, eine Hilfe deswegen abzulehnen, weil sie von Kapitalisten angeboten wird. Die mehrheitssozialistischen Parteiführer aller Länder haben es deutlich gesagt: ohne Marshall-Plan ist auch kein Sozialismus in Europa denkbar, weil aus Nichts und Trümmern, aus dringender Not und katastrophalem Mangel nicht Etwas, also auch kein Sozialismus entstehen kann. Wenn heute unsere Arbeiterschaft etwa in Deutschland den notdürftigsten Lebensunterhalt hat, so verdankt sie dies in erster Linie der amerikanischen Hilfe, dem „Carepaket-Sozialismus“. Das ist die Wirklichkeit und das ist die Vernunft, vor der jede dogmatische Theorie sich in Dunst auflöst.

## Oesterreichkommission hat abgeschlossen

Schlussbericht fertiggestellt / Oesterreichisch-Jugoslawischer Grenzwischenfall

WIEN. Die Kommission für den österreichischen Staatsvertrag prüfte am vergangenen Samstag in ihrer Schlußsitzung nochmals den Bericht über ihre Arbeit, der den Außenministern auf der Londoner Konferenz vorgelegt werden soll. Ein Sprecher der britischen Delegation führte vor Pressevertretern aus: „Wir können nur hoffen, daß der Außenminister in London Erfolg haben möge, wo unsere Bemühungen scheiterten.“

Das Staatsdepartement der USA hat gleichfalls sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Kommission, die seit 12. Mai 1947 in Wien tagte, ihre Arbeit beendet hat, ohne zu einem Abkommen zu gelangen.

Der amerikanische Hochkommissar für Oesterreich hat das Urteil gegen die Demonstranten von Bad Ischl, die antisemitischer Kundgebungen wegen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, gemildert. Bei einem Angeklagten wurde die Strafe von 15 Jahren auf ein Jahr, bei zwei weiteren von zehn auf acht und sechs Monate, bei der 70-jährigen Angeklagten auf sechs Monate bedingten Arrest verringert.

An der österreichisch-jugoslawischen Grenze ereignete sich am vergangenen Wochenende ein schwerer Grenzwischenfall, bei dem es zu Auseinandersetzungen zwischen britischen

Soldaten, österreichischen Gendarmen und den Angehörigen einer Brigade junger Slowenen, die einen jugoslawischen Jugendverband besucht hatten, kam. Nach einem Agenturbericht eröffneten die österreichischen Gendarmen und die britischen Soldaten nach einer zweifündigen Schlägerei das Feuer und verletzten sieben Angehörige der slowenischen Brigade.

Der österreichische Außenminister Dr. Gruber erklärte anlässlich der Jahresfeier der Kärntener Abstammung von 1920: „Oesterreich wird niemals einer Abänderung seiner Grenzen von 1938 zustimmen. An die Völker, die die Welt nach neuen Gesichtspunkten organisieren wollen, richten wir folgenden Appell: Schickt uns gute und billige Produkte und behaltet eure Propaganda für euch. Wir werden ebenso handeln.“

## Englands Goldreserven schwinden

LONDON. Wirtschaftsminister Sir Stafford Cripps führte zur finanziellen Lage Englands aus, er habe jede Hoffnung aufgegeben, daß der Warenustausch mit Amerika von englischer Seite jemals ganz aufgegeben werden könne. „An dem Tage, an dem unsere Goldreserven erschöpft sein werden, sind wir dem Hunger oder der Bettelerei preisgegeben.“

England soll erneut Gold im Werte von 30 Millionen Pfund in die USA überführt haben, so daß jetzt in weniger als drei Wochen für 50 Millionen Pfund Gold abtransportiert wurde. Man rechnet damit, daß England unter diesen Umständen in sechs Monaten zahlungsunfähig sein wird.



### Kein Europa ohne Deutschland

In der als dem Quai d'Orsay nahestehend geltenden französischen Zeitung „Le Monde“ schreibt Maurice Duverger unter dem Titel „Pas d'Europe sans l'Allemagne“:

„Wenn es sich darum handelt, Europa wieder aufzubauen unter dem Marshallplan, so fehlt Deutschland auf der Konferenz der Sechzehn. Wenn es sich darum handelt, Deutschland unter dem Antriebe General Clays wieder aufzubauen, so werden die Sechzehn nicht herangezogen und Europa fehlt seinerseits... Deutschland ist ein Teil Europas. Man kann das eine ohne das andere nicht wiederaufbauen.“

Ohne die deutsche Industrie kann Europa nur eine amerikanische Kolonie sein. Ohne die europäische Hoffnung kann Deutschland nur an Revanche denken oder an Nihilismus, und es, und mit ihm Europa, in die Arme Rußlands treibt. Das Schicksal Deutschlands und Europas ist untrennbar verbunden. Eine europäische Wiedergeburt ist ohne deutsche Wiedergeburt undenkbar.

Es bleibt eine einzige Lösung. Anstatt Europa ohne Deutschland oder Deutschland und die anderen Völker Europas getrennt und alle festgenagelt auf ihren alten nationalen Egoismus wieder aufzubauen, muß man Deutschland und Europa zusammen im Rahmen eines progressiven Föderalismus wiederaufrichten.

Die deutschen Industrien sollten nicht von den Alliierten, das heißt von den Siegern, in einer Art kontrolliert werden, die den Gegensatz und den Haß des Krieges verewigt. Die deutsche Kohle sollte nicht in autoritärer Weise von den Besatzungsmächten verteilt werden, sondern von einer europäischen Bundeskommission, und zwar ebenso wie die belgische Kohle, die englische und französische Kohle und wie die europäische Kohle überhaupt. Dasselbe würde für alle anderen Rohstoffe gelten.

Zweifelloso wird man gewisse Prioritäten für die Wiedergutmachung der von den Armeen des Angreifers angerichteten Schäden festsetzen müssen. Aber die Völker Europas werden gleichmäßig (egalement) berechtigt sein, die Hilfe Amerikas für den Wiederaufbau der Städte zu verlangen, die die amerikanische Luftwaffe hat zerstört, um die Freiheit der Welt zu sichern.

Die Hoffnung, die Deutschland geboten wird, wird dann nicht der Kommunismus oder der Nationalismus sein, sondern dieselbe Hoffnung, die alle übrigen Völker Europas besetzt: Der Aufbau eines Europas, das unabhängig ist von der russischen Ideologie und den amerikanischen Erzeugnissen und das fähig ist, zwischen den beiden großen Weltmächten denselben Frieden aufrechtzuerhalten, den es auf seinem eigenen Gebiet sichert.

Man muß wählen. Auf der einen Seite der Friede der traditionellen Art, das heißt, das Diktat der Sieger und der entsprechende Wille zur Revanche den es dem Besiegten einflößt; der Friede, der in sich den Keim eines anderen Krieges trägt, der Friede, der nur ein Waffenstillstand ist, der Friede, der uns so viele Jahrhunderte des Krieges geschenkt hat. Auf der anderen Seite ein Friede eines neuen Typs, welcher, ohne auf gerechte Wiedergutmachung zu verzichten, die Begriffe von Sieger und Besiegten abschafft und durch den Begriff einer gemeinsamen Anstrengung, die darauf gerichtet ist, den Menschen genügend Lebensmöglichkeit zu schaffen. Dieser Friede würde den endlosen nationalen Gegensätzen mit einer wahrhaften Zusammenarbeit zwischen den Völkern ein Ende setzen, er würde die Pflichten des Krieges endgültig schließen.“

### Plivier brach mit der UdSSR.

BERLIN. „Ich habe nicht mit dem Kommunismus, wohl aber mit der Sowjetunion gebrochen. In der kein Fünfkern Kommunismus mehr zu finden ist“, erklärte der deutsche Schriftsteller Theodor Plivier dem holländischen Schriftsteller Jef Last auf die Frage nach den Motiven für seinen Weggang aus der Ostzone, wie das „Hamburger Echo“ berichtet. „Ich konnte es einfach nicht länger aushalten. Ich habe meinen Mund gehalten und eine Komödie gespielt elf Jahre lang. Nun bot sich mir die erste Gelegenheit zu entweichen.“

### Geäßer unterm Wasser

VON KARL VEIT

Pötzlich tauchte das Floß fast zur Hälfte, drohte zu kippen, schaukelte, aber das gute alte, feste Haustor hielt, richtete sich behäbig wieder auf. Der Junge, Georg, war wieder bei ihnen. Sie waren alle zusammen. Und so wie seine Stimme ihre Angst eben noch ins Äußerste gesteigert und ihr die Brust nahem zerrissen, sie geteilt, zu einem Jammer und nichts sonst gemacht hatte, so kam nun, da er herkroch, eine Ruhe über sie, die fast wunderbar war. Das Muttergefühl, ihre Köchlein bei sich zu haben, schützte auf keine Gefahr und schien keine Bedrohung zu kennen. Es überschwemmte unbekümmert ihr Herz. Sie war auf einmal ganz klar. In der Mitte des Floßes drückten sie sich zusammen. Georg wollte berichten, wie er von seiner Kammer übers Dach auf die Böschung gelangt war, aber seine Kiefer zitterten so, daß er nicht insstande war, zu sprechen. Die Wasser flossen nun etwas besänftigter. Die Wasser flossen nun etwas besänftigter. Sie trieben von Ufer zu Ufer. Biswellen scharrte es unter ihnen. Das mochten Baumkronen, mochten Dachsparren sein. Wenn es nur nicht so kalt wäre. Die Zähne schlugen aneinander. „Gar nicht weit vom Haus weg, flüsterte Georg. Sie horchte in seine Stimme hinein, die ihr wie ein Licht über den Stimmen des Wassers schwebte. Sie hatte Mühe, sich zu halten. Hältet euch, sagte die Frau zu den beiden Kindern. Haltet euch aneinander, faßt mein Bein an, gleitet nicht ab. Seid brav. Sie erschrak, daß sie solches noch anfügte. Es war von selber gekommen. Es durchdrang sie peinlich, es war schauerlich, in ihrer Lage so etwas zu sagen, aber vielleicht beruhigte gerade diese Mahnung die Angst der Kinder, vielleicht lag in ihr etwas, als seien sie schon allem entronnen und hätten Ernohnungen wieder ihren Platz, wie sonst. Einen Augenblick

## „Legter Notruf“ an die Siegerstaaten

Ministerpräsidentenkonferenz der britischen Zone

DUSSELDORF. Die Ministerpräsidenten der britischen Zone, die sich am vergangenen Freitag zu einer Konferenz in Düsseldorf trafen, richteten einen „letzten Notruf“ an die Siegerstaaten, in dem sie um die Gewährung eines ausreichenden deutschen Industriepotentials mit sicheren und ausreichenden Exportmöglichkeiten und um Vermeidung der Demontage von nicht zur Rüstungsindustrie zählenden Betrieben baten. Ernaucht wurde ferner um die Einschaltung deutscher Stellen bei den Wirtschaftsverhandlungen zum Abschluß von Handelsabkommen mit ausländischen Firmen und um die Aufhebung der Postensur. Außerdem setzten sich die Ministerpräsidenten für eine baldige Erhöhung der Lebensmittelfundration auf 1800 Kalorien ein. Besonders dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und Hamburg, die für den Aufstieg der Gesamtwirtschaft von besonderer Bedeutung seien, müsse sofort eine wirksame Ernährungshilfe zuteil werden.

Die Belegschaft der Kruppwerke forderte in einem Schreiben an die Konferenz der Ministerpräsidenten die Verweigerung jeder Mit Hilfe an der Demontage von Friedenswerkstätten: „Wir lehnen es ab, wirtschaftliche Selbstmörder zu sein und erwarten diese Ablehnung auch von Ihnen.“

Nach Ansicht von Fachleuten der amerikanischen Militärregierung wird der deutsche wirtschaftliche Wiederaufbau durch den britischen Plan zur Erhöhung der britischen Fertigwarenindustrie beträchtlich verzögert, da britische Waren in zunehmendem Maße den Weltmarkt überschwemmen und viele ehemals deutsche Märkte besetzt haben würden.

bevor Deutschland wieder wettbewerbsfähig sei. Ausländische Konzerne würden daher vor allem ihre Werke in England ausbauen und ihre deutschen Betriebe auf dem jetzigen Stand belassen. Das deutsche Exportprogramm und damit die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft werde zudem schon dadurch behindert, daß fast alle europäischen Staaten ihre Einfuhr beschränken.

Von seiten der britischen Kontrollkommission wurden die Befürchtungen der amerikanischen Fachleute zurückgewiesen. Eine Verdrängung der deutschen Exporte sei auf den Auslandsmärkten nicht zu erwarten, da deutsche Markenartikel einen guten Ruf hätten und eine große Nachfrage nach Feinmechanik und elektrischen Geräten, den hauptsächlichsten deutschen Ausfuhrartikeln, bestehe.

### Sonderstelle Geld und Kredit

FRANKFURT. Die Vollversammlung des Zweizonen-Wirtschaftsrats legte am vergangenen Samstag den offiziellen Namen des Wirtschaftsrats fest. Er trägt künftig die Bezeichnung „Wirtschaftsrat für das vereinigte Wirtschaftsgebiet (amerikanisches und britisches Besatzungsgebiet in Deutschland)“.

Die auf Veranlassung des Wirtschaftsrats gebildete „Sonderstelle Geld und Kredit“ hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihr obliegen alle Vorarbeiten zur Währungsreform, zur Beseitigung des Ueberschusses an Zahlungsmitteln und zur Finanzreform; ferner soll sich die Sonderstelle mit dem Lastenausgleich, den öffentlichen Haushaltsplänen und der Ausarbeitung von Richtlinien für die Kreditpolitik befassen.

## Nachrichten aus aller Welt

### Deutschland

OFFENBURG. Als Höhepunkt des Landesparteitages der Sozialdemokraten Südbadens hielt der Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, Prof. Dr. Karl Schmid, eine dreistündige grundsätzliche Rede.

STUTTGART. Bei einem Umsatz von 27 000 t kann in Württemberg-Baden die Einkellerung von einem Zentner Kartoffeln garantiert werden.

MÜNCHEN. Loritz Chauffeur hat erklärt, sein Chef benutze in München heute dieselben Verstecke wie während des Dritten Reiches: „Sie glauben doch nicht, daß die heutige Polizei einen Mann findet, der das Bürgerbräuhäuschen verübt hat und den nicht einmal die Nazis erwischt haben.“

KÖLN. Der deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Entscheidung die vorgeschene personale Besetzung des Direktoriums für die künftige Kohlenbergbauverwaltung des Ruhrgebiets abgelehnt. Die Gewerkschaften bestehen außerdem auf ihrer Forderung, daß der Bergbau sozialisiert werden soll.

BERLIN. Am 12. Oktober hat eine Sachverständigenkommission mit Vertretern der französischen, britischen und amerikanischen Militärregierung eine Reise durch die drei Westzonen angetreten, um die Ernährungsbedingungen der deutschen Bevölkerung zu prüfen. Die sowjetische Militärregierung hat keinen Vertreter entsandt und es abgelehnt, die Kommission in die Ostzone einzulassen.

BERLIN. Der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungstruppen hat wie Gerüchte demontiert, daß nach der Londoner Konferenz ein Teil der amerikanischen Truppen aus Berlin zurückgezogen werde.

BERLIN. Die britische Kontrollkommission hat sich mit dem Plan der Ruhrbergleute, zum Einkauf von Kartoffeln aus dem Ausland Kohle in Sonder-schichten zu fördern, einverstanden erklärt. Es sei jedoch zweifelhaft, ob ein europäisches Land Kartoffeln anbieten könne.

BERLIN. Stadtrat Pflücker hat zur Ernährungs-lage der Stadt bekanntgegeben, daß die augenblicklichen Vorräte an Fleisch bis zum 14. November, an Nahrungsmitteln bis zum 3. November und an Mehl bis zum 4. Januar reichen.

BERLIN. Die neue thüringische Landesregierung setzt sich aus fünf Vertretern der SED, (Ministerpräsident, Innenminister, Wirtschaft, Arbeit und Soziales und Volkshilfen), zwei Vertretern der CDU (Verkehr und Versorgung) und zwei Vertretern der LDP (Justiz und Finanzen) zusammen.

BERLIN. Fünf sowjetische Journalisten sind nach Mitteilung der britischen Kontrollkommission beim Verlassen eines bei Hannover gelegenen Verschieppelagers für Ukrainer von den Russen mit Steinen beworfen worden.

BERLIN. Für 1948 ist im Lande Sachsen-Anhalt die Errichtung von 790 Neubauerngehöften vorgesehen. Das Baumaterial soll durch Abbruch von Kaminen und Rüstungsfabriken gewonnen werden. Als Arbeitskräfte will man Häftlinge beschäftigen.

BERLIN. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat die bei Speditoren abgestellten Möbel und Haushaltsgegenstände für Umsiedler beschlagnahmt.

### Ausland

PARIS. Am kommenden Samstag wird der Präsident des Pariser Magistrats dem britischen Botschafter in Paris, Duff Cooper, offiziell das Schuld-patennecessaire überreichen, das die Stadt Paris der englischen Kronprinzessin zur Hochzeit schenken wird. Ministerpräsident Ramadier wird vermutlich an den Hochzeitsfeierlichkeiten teilnehmen.

PARIS. Nach Meldungen der Hellaspresse hat sich die Tätigkeit der griechischen Partisanen in Thessalien, Thessalien, Mittelgriechenland und dem Peloponnes verstärkt.

ROM. Nach Gerüchten aus gut unterrichteten Kreisen will Großbritannien dem Beispiel der USA, folgend auf seinen Anteil an der italienischen Kriegsflotte verzichten.

BUDAPEST. Im ungarischen Parlament hat der Vertreter der extrem rechten ungarischen Unabhängigkeitspartei der kommunistischen Partei Wahlforderungen, die Uebertreibung der Prinzipien der Flawirtschaft vorgeworfen. Sie sei „der große Saboteur des Willens der Nation“. Er wurde von Zuzurufen wie: „Sie sind ein Faschist“ unterbrochen.

TIRANA. 16 albanische Abgeordnete, die im Dienste der Anglo-Amerikaner Verrat, Spionage und Sabotage verübt und eine Geheimorganisation zum Zweck des Regimeumsturzes gebildet haben sollen, sind hingerichtet worden.

NEW YORK. In New York hat sich eine politische Bewegung, offensichtlich mit stilleschwinger Zustimmung von General Eisenhower, gebildet, die das Ziel hat, den General als republikanischen Präsidentschaftskandidaten für 1948 zu unterstützen.

OTTAWA. Zur Aufnahme Neufundlands als 16. Provinz in die kanadische Föderation haben die beiden Länder einen Bericht ausgearbeitet, der die Verteidigung der Insel durch Kanada vorsieht. Die USA. sollen jedoch ihre Stützpunkte beibehalten.

## Die Außenpolitik der Sowjetunion

BERLIN. Die Außenpolitik der Sowjetunion in den letzten 30 Jahren könne kurz zusammengefaßt auf die Formel Freiheit und Frieden für die Völker gebracht werden, führte ein russischer Major im Haus der Kultur der UdSSR in Berlin aus. Im Herbst 1939 sei die Sowjetunion bereit gewesen, mit den Westmächten einen Militärpakt abzuschließen, wenn damit der Frieden garantiert worden wäre. Da Frankreich und England aber nicht mit offenen Karten gespielt hätten, sei das Abkommen gescheitert.

Dagegen hätte Deutschland der UdSSR einen Nichtangriffspakt angeboten. Wenn man der Sowjetunion heute einen Vorwurf daraus machen wolle, ihn angenommen zu haben, so müsse mit den Worten Stalins geantwortet werden: ein Nichtangriffspakt ist ein Friedensakt, den kein Staat ablehnen kann, auch dann nicht, wenn er von einem Land kommt, das von einem Hitler regiert wird. Auch nach der Zerschlagung des Faschismus sei die Sicherung des Friedens Hauptaufgabe der sowjetischen Außenpolitik.

### Steigerung der Arbeitsproduktivität

BERLIN. Der Oberste Chef der sowjetischen Militäradministration (SMA), Marschall Sokolowski, hat einen Befehl zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen der Sowjetzone erlassen.

Für Jugendliche wird bezahlter verlängerter Urlaub und verkürzte Arbeitszeit angeordnet, und zwar bis zu 16 Jahren 24 Stunden pro Woche, von 16 bis 18 Jahren 45 Stunden. Das Akkordsystem müsse erweitert, die Lohnsätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie unter Berücksichtigung des Grundsatzes gleicher Lohn für gleiche Arbeit überprüft werden. Arbeiter, die unter besonders erschwerten Verhältnissen tätig sind, erhalten bis zu 24 Arbeitstage Urlaub, alle anderen Arbeiter und Angestellten 12 Arbeitstage.

Die Zahl der zu verabreichenden warmen Mittagessen soll auf eine Million erhöht werden. Von dieser Vergünstigung können Betriebe, die ihr Produktionsziel nicht erfüllen, ausgeschlossen werden. Im Laufe der nächsten zwei Jahre sollen in allen Betrieben Sanitätsstellen eingerichtet werden, in Werken mit über 5000 Arbeitern sollen besondere Polikliniken errichtet werden. Aerzte, die falsche Krankheitsbescheinigungen ausstellen, können ihre Praxis verlieren. Führende Betriebe erhalten eine bevorzugte Belieferung mit Industriewaren. Die Landesregierungen haben zu diesem Zweck Stoffe, Kleider, Schuhe und Kohle zum Verkauf auf Bezugscheine, die in den Betrieben ausgestellt werden, bereitgestellt.

### Der Rastatter Prozeß

RASTATT. Im Prozeß gegen die SS-Wachen von Vaihingen, Unterriexingen, Kochendorf und Hesselental erkannte der polnische Zeuge Eisenberg, der während des Krieges in den Lagern Maidanik, Radom, Auschwitz und Vaihingen gewesen war, am fünften Verhandlungstag in dem Angeklagten Pospischel einen der SS-Männer, die in Maidanek 20 000 polnische Häftlinge erschossen. Eisenberg erhielt einen Gesichtsdurchschuß, blieb eine Nacht zwischen den Toten liegen und wurde dann von anderen Häftlingen aufgefunden. Pospischel wird sich wegen seiner Tätigkeit in Maidanek vor einem polnischen Gericht zu verantworten haben.

DACHAU. Der ehemalige Generaldirektor der V-Waffenwerke, der als Sachverständiger nach den USA. gebracht worden war, steht jetzt auf Grund von Anschuldigungen ehemaliger KZ-Häftlinge im „Nordhausenprozeß“ unter Anklage der Begehung von Kriegsverbrechen.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Hahn Hebecker  
Dr. Ernst Müller und Alfred Schwinger  
Weitere Mitglieder der Redaktion:  
Dr. Heimo Kieritz und Joseph Klingelböfer  
Monatlicher Bezugspreis eininkl. Trägerlohn 1,50 RM., durch die Post 1,74 RM., Einzelverkaufspreis 20 Pfg.  
Erscheinungstage Dienstag und Freitag

tapferer Junge, Georg, sagte sie aufs Floß hinauf. Du mußt den Karl, sobald es geht, ins warme bringen. Ganz aussziehen, reiben, warm einwickeln. Es gibt Leute, die dir helfen. Padt auf, daß ihr nicht abrutscht. Nicht weinen. Ich komme gleich nach. Schlaf Kindlein schlaf. Heiße Milch geben. Vating grüßen. Nach Onkel Georg fragen. Er wohnt in Gamling. Kommt daran vorbei. Hast verstanden. Auf Karl aufpassen. Onkel Georg Keefer fragen, Gamling Haus 47.

Sie schwamm. So gab sie ihre Anweisungen eine nach der andern in der für ein Kind verständlichen Ordnung. Sie versuchte nochmal, das Floß zu überlisten, wieder neigte es sich sogleich. Da ließ sie die Hand davon. Ein nasser schneller Tod. Nein. Neta. Sie schwamm solange sie konnte, dann mußte sie zurückbleiben. Lisa schrie. Sie konnte ihr nicht antworten. Noch einmal hob ihr Gesicht über die Wellen: seid brav! Sie sah auch noch, wie Georg den kleinen Bruder umhüllte. Der Mond schien. Das Wasser gurgelte. Das Floß entglitt.

Die Kinder wurden gerettet. Auch das Kleinste. — Ende —

### Der Schwertfisch

Von Richard Gerlach

Ein Gigant unter den Fischen des offenen Meeres, dessen Oberkiefer in ein langes, zweischneidiges Schwert ausläuft, hat der Schwertfisch die Phantasie der Seefahrer zu allen Zeiten beschäftigt. Die Berichte, wonach er große Segler leck gestößen und Wale angegriffen hatte, verstummten nie ganz, und in manchen Museen werden Bootsplanken aufbewahrt, in denen ein Stück seines abgebrochenen Schwertes steckt. So soll er zuweilen auch Matrosen angegriffen, verwundet und getötet haben. Früher war man der Meinung, er benutze sein Schwert, um damit die Makrelen und Heringe, denen er nachjagte, zusammenzusäbeln. Inzwischen sind wir durchaus nicht mehr so sicher, wozu ihm sein Schwert eigentlich dient. Es könnte sein, daß der Pfeilgeschwinde damit

nur das Wasser durchschneidet, denn er ist einer der schnellsten Schwimmer. Vielleicht treibt er auch die fliehenden Schwärme durch plötzliche Wendungen seinem zahllosen Rauchen zu. Wahrscheinlich stößt er sein Schwert nur aus Versehen in ein Schiff, wenn er die Geschwindigkeit in eiliger Fahrt nicht mehr hemmen kann.

Ein Schwertfisch kann mehr als vier Meter lang werden, das Schwert nimmt über ein Viertel dieser Länge ein. Die Oberkiefer- und Zwischenkieferknochen wachsen zu stählerner Härte zusammen. Bei den jungen Schwertfischen steht dem spitzen Oberkiefer ein fast ebensolanger bezahnter Unterkiefer gegenüber; aber dieser bleibt dann im Wachstum zurück, und das Schwert ragt mit zunehmendem Alter immer weiter nach vorn vor, die äußerste Vervollkommnung des Stromlinienbaus, der auch in anderen Fischkörpern angelegt ist. Die großen Augen stehen dicht über dem Schwertsansatz. Hinter dem Kopf steht die Rücken-flosse wie eine Mondsichel empor, und diese wie die propellerförmige Schwanzflosse werden von den Schiffen aus sichtbar, wenn die Fische unter der Oberfläche hinstreichen. Manchmal wimmelt ein Meerestier von Schwertfischen, aber alle halten Abstand voneinander und jagen einzeln, weil sie sich sonst gegenseitig leicht ihre furchtbare Waffe in den Leib rennen könnten. Sie tummeln sich in den wärmeren Meeren der nördlichen Halbkugel, tauchen aber auch zuweilen in der westlichen Ostsee auf, besonders in den Herbstmonaten.

Im Mittelmeer ist der Schwertfisch häufig. Vom April bis in den Oktober hinein werden die Schwertfische in der Straße von Messina zahlreich gefangen, und dort laichen sie auch im Frühling. Schon nach zweieinhalb Tagen schlüpfen die Larven aus den schwimmenden Eiern. An der Küste von Neu-England in Nordamerika ist das Harpunieren der Schwertfische vom Boot aus ein beliebter Sport, der von den Ausübenden einige Kaltblütigkeit verlangt. Denn ein rasender Schwertfisch rennt seine Waffe auf alles, was ihm entgegensteht.







